Einfahrtsverbot vom Getreidemarkt in die Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin,

Zum dem seit langem bestehenden Einfahrtsverbot (ausgenommen Linienbus und Radverkehr) vom Getreidemarkt in die Gumpendorfer Straße möchten wir folgende Fragen stellen:

1. Seit wann besteht dieses Einfahrtsverbot?

2. Von wem wurde es initiiert bzw. wurde die Bezirksvorstehung in den Entscheidungsprozess eingebunden?

3. Ist aus den jüngsten für die Gumpendorfer Straße vorliegenden Verkehrszählungsdaten eine Auswirkung in Hinsicht auf die Zahl der Fahrzeuge, die stadtauswärts fahren in Relation zu jenen die stadteinwärts fahren abzulesen?

Begründung

Aus den hinterfragten Gegebenheiten können eventuell Rückschlüsse für eine weitere Verkehrsberuhigung auf der Gumpendorfer Straße abgeleitet werden.

Anhang



Foto der Einfahrtssituation

Hitzeschutz und Begrünung

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin,

der vergangene Sommer hat die Dringlichkeit für zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor extremer Hitze erneut aufgezeigt.

1. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um unsere Schulen und Kindergärten besser vor Hitze zu schützen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um unsere Pensionist*innenheime besser vor Hitze zu schützen?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um die Menschen in Gassen, die nicht oder nur kaum begrünt sind, besser vor Hitze zu schützen?
4. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um Haltestellen besser vor Hitze zu schützen?
5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Menschen besser vor Hitze zu schützen, die an stark frequentierten Kreuzungen lange bei roten Ampeln in der Sonne warten müssen?
6. Was haben Sie bisher unternommen um zusätzliche Mittel für diese Maßnahmen einzufordern?

Begründung

Der vergangene Sommer hat die Dringlichkeit für zusätzliche Maßnahmen zum Schutz vor extermer Hitze erneut aufgezeigt.

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Vergünstigte Garagenplätze für Mariahilferinnen und Mariahilfer

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Wie viele Dauerparkplätze werden Mariahilferinnen und Mariahilfern in der Garage Windmühlgasse im Rahmen des angekündigten vergünstigten Dauerparkangebots zur Verfügung gestellt?
- Wie hoch ist der reguläre monatliche Tarif für einen Dauerparkplatz und wie hoch ist der angekündigte vergünstigte Tarif für Mariahilferinnen und Mariahilfer?
- Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, um das vergünstigte Dauerparkangebot in Anspruch nehmen zu können, und ist dieses Angebot ausschließlich Bewohnerinnen und Bewohnern Mariahilfs vorbehalten?
- Ab wann und für welchen Zeitraum wird die Vergünstigung angeboten?
- Besteht zwischen dem Bezirk bzw. der Stadt Wien und dem Garagenbetreiber eine Vereinbarung über das vergünstigte Dauerparkangebot? Wenn ja, für welchen Zeitraum wurde diese abgeschlossen?
- Entstehen dem Bezirk oder der Stadt Wien durch die Bereitstellung der vergünstigten Dauerparkplätze Kosten bzw. werden die vergünstigten Tarife aus Bezirksmitteln finanziert? Wenn ja, in welcher Höhe?
- Wie viele Stellplätze im öffentlichen Raum fallen durch die Umgestaltung von Windmühlgasse, Fillgradergasse und Theobaldgasse insgesamt weg und in welchem Verhältnis steht diese Zahl zur Anzahl der angebotenen vergünstigten Garagenplätze?

Begründung

Im Zuge der Umgestaltung von Windmühlgasse, Fillgradergasse und Theobaldgasse soll laut Medienberichten rund ein Drittel der bestehenden Stellplätze entfallen. Als Kompensation dafür hat die Bezirksvorstehung ein vergünstigtes Dauerparkangebot in der Garage Windmühlgasse angekündigt (vgl. Kurier, 15. Juli 2026).

Bislang ist jedoch nicht öffentlich nachvollziehbar, wie viele vergünstigte Stellplätze tatsächlich zur Verfügung stehen, wie hoch die Vergünstigung ausfällt und wie lange das Angebot gilt. Gerade wenn das Garagenangebot als Ausgleich für wegfallende Stellplätze im öffentlichen Raum angeführt wird, sollten Umfang, Bedingungen und Finanzierung dieser Maßnahme transparent dargestellt werden.

Veronika Zimmermann

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Aktuelle Entwicklungen im Jedmayer Grätzel

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Am 2. Juni 2026 fand eine Anrainerversammlung zur Situation rund um den Jedmayer statt. In der Bezirksvertretungssitzung am 18. Juni 2026 teilten Sie auf Anfrage der ÖVP Mariahilf mit, dass im Rahmen dieser Veranstaltung Protokolle, Mitschriften bzw. Ergebnisdokumentationen erstellt und Ihnen übermittelt würden. Liegen Ihnen diese Unterlagen mittlerweile vor?
- Falls ja, werden diese Unterlagen den Mitgliedern der zuständigen Kommission für Soziales, Gesundheit und Frauen bzw. den Fraktionen der Bezirksvertretung zur Verfügung gestellt? Falls nein, warum nicht?
- Welche Erkenntnisse liegen Ihnen hinsichtlich der Auswirkungen der seit Mai 2026 bestehenden Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park auf die Situation im Park und im umliegenden Grätzel vor?
- Werden Sie sich gegenüber der Landespolizeidirektion Wien für eine Verlängerung bzw. Fortführung der Schutzzone über den derzeit vorgesehenen Zeitraum hinaus aussprechen?
- Werden Sie sich gegenüber den zuständigen Stellen für eine stärkere wohnortnahe Organisation der Substitutionsbehandlung und insbesondere der Abgabe von Substitutionsmedikamenten einsetzen, um die Konzentration rund um den Jedmayer zu reduzieren?
- Haben Sie seit der letzten BV-Sitzung Gespräche mit dem zuständigen Stadtrat Peter Hacker, dem Wiener Sucht- und Drogenkoordinator Ewald Lochner oder der Sucht- und Drogenkoordination Wien über eine stärkere Verteilung der Angebote der Wiener Suchthilfe auf das gesamte Wiener Stadtgebiet geführt?
- Falls ja, wann fanden diese Gespräche statt, mit wem wurden sie geführt und welche konkreten Ergebnisse bzw. weiteren Schritte wurden dabei vereinbart?

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Begründung

Die Situation rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße beschäftigt die Bewohnerinnen und Bewohner des Grätzels weiterhin. Seit der Anrainerversammlung vom 2. Juni und der Einrichtung der Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park wurden unterschiedliche Maßnahmen gesetzt bzw. weitere Schritte angekündigt. Nach mehreren Monaten soll daher erhoben werden, welche Erkenntnisse daraus vorliegen, wie mit den Ergebnissen der Anrainerversammlung weitergearbeitet wurde und welche konkreten Schritte die Bezirksvorsteherin gegenüber Polizei, Stadt Wien und Sucht- und Drogenkoordination setzt, um die Situation im Grätzel nachhaltig zu verbessern.

Gerhard Hammerer

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Versorgung mit Kassen-Frauenärztinnen und -Frauenärzten in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Welche Informationen liegen der Bezirksvorsteherin zur aktuellen Versorgungssituation mit Kassen-Frauenärztinnen und -Frauenärzten in Mariahilf vor?
- Wie viele Ordinationen für Gynäkologie und Geburtshilfe mit Kassenvertrag befinden sich derzeit in Mariahilf?
- Sind der Bezirksvorsteherin Beschwerden oder Rückmeldungen von Bewohnerinnen über lange Wartezeiten, Schwierigkeiten bei der Terminvereinbarung oder eine mangelnde wohnortnahe Versorgung im Bereich der Frauenheilkunde bekannt?
- Wurden seitens des Bezirks in den vergangenen Jahren Gespräche mit den zuständigen Stellen, insbesondere der Stadt Wien, der Österreichischen Gesundheitskasse oder der Ärztekammer für Wien, über die gynäkologische Versorgung in Mariahilf geführt?
- Falls ja, wann und mit welchen Stellen fanden diese Gespräche statt und welche konkreten Ergebnisse bzw. Maßnahmen ergaben sich daraus?
- Welche Möglichkeiten sieht die Bezirksvorsteherin, um eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Kassen-Frauenärztinnen und -Frauenärzten in Mariahilf zu erreichen?

Begründung

Eine gute und wohnortnahe Versorgung mit Kassen-Frauenärztinnen und -Frauenärzten ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsversorgung von Frauen. Regelmäßige gynäkologische Untersuchungen spielen insbesondere bei Vorsorge und Früherkennung eine wichtige Rolle. Brustkrebs ist nach wie vor die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Laut Statistik Austria wurden im Jahr 2023 österreichweit 6.902 Brustkrebs-Neuerkrankungen bei Frauen registriert; damit entfiel rund ein Drittel aller Krebsneuerkrankungen bei Frauen auf Brustkrebs.

Umso wichtiger ist ein niederschwelliger Zugang zu kassenärztlicher gynäkologischer Versorgung auch im unmittelbaren Wohnumfeld. Lange Wartezeiten, fehlende Kassenordinationen oder weite Wege können den Zugang zu Untersuchungen und

medizinischer Beratung erschweren. Mit der vorliegenden Anfrage soll daher die konkrete Versorgungssituation in Mariahilf erhoben und geklärt werden, welche Informationen dem Bezirk dazu vorliegen, welche Gespräche mit den zuständigen Stellen bereits geführt wurden und welche Möglichkeiten bestehen, auf eine Verbesserung der wohnortnahen Versorgung hinzuwirken.

Veronika Zimmermann

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Gebäudewand Hofmühlgasse / Magdalenenstraße 33

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. September 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

- Welche Pläne bestehen derzeit für die weitere Gestaltung der Gebäudewand der Liegenschaft Magdalenenstraße 33 / Ecke Hofmühlgasse?
- Ist eine neuerliche künstlerische Gestaltung bzw. Bemalung der Gebäudewand vorgesehen?
- Falls ja, welche konkreten Planungen bestehen dazu und in welchem Zeitraum soll eine Umsetzung erfolgen?
- Wurden seit der Entfernung der früheren Wandmalerei Gespräche mit dem Eigentümer der Liegenschaft (Wiener Wohnen) über die zukünftige Gestaltung der Gebäudewand geführt?
- Falls ja, mit welchem Ergebnis?
- Wurden seitens des Bezirks oder der Stadt Wien bereits Künstlerinnen und Künstler, Institutionen oder andere mögliche Projektpartner hinsichtlich einer Neugestaltung der Wand kontaktiert?
- Welche Kosten wären nach derzeitigem Kenntnisstand mit einer neuerlichen künstlerischen Gestaltung der Gebäudewand verbunden und wer würde diese tragen?
- Ist für die Bezirksvorsteherin eine Begrünung der Gebäudewand weiterhin grundsätzlich vorstellbar?
- Falls ja, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form könnte eine solche Begrünung umgesetzt werden?
- Falls nein, aus welchen Gründen wird eine Begrünung der Gebäudewand weiterhin abgelehnt?
- Welche anderen Möglichkeiten zur dauerhaften Gestaltung bzw. Attraktivierung der derzeit freien Gebäudewand werden seitens der Bezirksvorstehung geprüft?
- Bis wann soll aus Sicht der Bezirksvorsteherin eine dauerhafte Lösung für die Gestaltung der Gebäudewand gefunden und umgesetzt werden?

Die Wiener Volkspartei
Mariahilf

Begründung

Über viele Jahre prägte eine großflächige Wandmalerei des Künstlers Helmut Kand die Gebäudewand der Liegenschaft Magdalenenstraße 33 / Ecke Hofmühlgasse. Nach deren Entfernung im Jahr 2024 ist die Frage nach einer dauerhaften Gestaltung dieser weithin sichtbaren Fläche weiterhin offen. Die ÖVP Mariahilf hatte bereits Ende 2024 vorgeschlagen, eine Begrünung der Wand als Möglichkeit zur Attraktivierung des Standortes zu prüfen; dieser Vorschlag fand in weiterer Folge keine Zustimmung. Nachdem seither längere Zeit vergangen ist, soll geklärt werden, welche konkreten Pläne mittlerweile für die Gebäudewand bestehen und ob neben einer neuerlichen künstlerischen Gestaltung auch eine Begrünung oder andere Formen der Aufwertung in Betracht gezogen werden.

Gerhard Hammerer

Untersuchung auf bakterielle Kontamination der Kühlzonen in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.09.2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

Wir ersuchen Frau Bezirksvorsteherin Julia Lessacher höflichst um Beantwortung folgender Fragen in Bezug auf die Kühlzonen in Mariahilf:

Wie werden die Sprühnebenanlagen der Kühlzonen zB "Sommerspritzer", "Coolen Stelen" und "Coole Schiffe" oä. in Mariahilf gereinigt?

Werden oben genannte Sprühnebelanlangen auf mikrobiologische Belastungen (zb. bakterielle Kontamination mit Legionellen) getestet?

Wenn ja, auf welche bakteriellen Stämme wurden die oben genannten Anlagen getestet?
Wie häufig wurden die oben genannten Anlagen getestet?
Wurde in einem der Test eine bakterielle Belastung nachgewiesen?
Welche Maßnahmen wurden zur Bekämpfung einer bakteriellen Belastung gesetzt?

Welche Maßnahmen wurden für den Fall einer bakteriellen Belastung ausgearbeitet?

Begründung

Die gegenständliche Anfrage erfolgt vor dem Hintergrund der aktuellen Legionellen-Fälle im Raum Linz und der dabei festgestellten mikrobiologischen Belastungen verschiedener wasserführender bzw. technischer Anlagen.
Im Zuge der behördlichen Untersuchungen wurden mittlerweile mehr als 200 Wasserproben aus unterschiedlichen Bereichen und Anlagen untersucht. Dabei wurden unter anderem in mehreren Kühlanlagen Legionellen nachgewiesen. Es ist daher im Eigeninteresse des Bezirks Mariahilf, die Kühlanlagen ausreichend zu testen und Keimfreiheit sicherzustellen, um eine gesundheitliche Gefährdung der Benutzer und Passanten auszuschließen.

KO Lukas Korp
BR Ing. Mag. Joachim Stampfer
BR Gabriela Petras

Frau
Bezirksvorsteherin
für den 6. Bezirk
Julia Lessacher

GGM 1314803/26

Wien, 16. November 2025
0711

Sehr geehrte Frau Bezirksvorsteherin!
Liebe Julia!

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2026 eingebrachten Anfrage der FPÖ betreffend „Untersuchung auf bakterielle Kontamination der Kühlzonen in Mariahilf" kann ich nach Rücksprache mit der Magistratsabteilung 28 Folgendes mitteilen:

Grundsätzlich ist zwischen zwei Arten von Vernebelungsanlagen im öffentlichen Raum zu unterscheiden. Einerseits handelt es sich um Anlagen der Magistratsabteilung 31, die direkt an das Hydrantennetz angeschlossen werden. Andererseits gibt es auch Anlagen, die im Auftrag der Magistratsabteilung 28 durch die Magistratsabteilung 34 errichtet und erhalten werden.

Für beide Arten von Vernebelungsanlagen gelten hinsichtlich der Prüfung auf bakterielle Belastungen entsprechende Kontroll- und Hygienemaßnahmen.

Vor der Inbetriebnahme werden die Vernebelungsanlagen gereinigt und desinfiziert. Nach erfolgtem Anschluss werden durch die Magistratsabteilung 39 Wasserproben direkt an den Düsen der Anlagen entnommen und im Labor gemäß den geltenden Grenzwerten mikrobiologisch untersucht und beurteilt.

Darüber hinaus werden auch während des laufenden Betriebs periodisch Wasserproben entnommen und untersucht, um die mikrobiologische Qualität des vernebelten Wassers zu kontrollieren und allfällige bakterielle Belastungen frühzeitig zu erkennen.

Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass die Vernebelungsanlagen sicher betrieben werden können.

Mit freundlichen Grüßen